

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv.buero@ba-pankow.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Berlin, den 12.03.2026

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Mobilität und öffentlichen Ordnung ein.

am Donnerstag, 19.03.2026

um 19:30 Uhr

im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollkontrolle
(Protokoll vom 26.02.2026)
- 2 Vorstellung Umbau des Straßenbahnbetriebshofes Weißensee
- 3 Vorbereitung der BVV mit seniorenpolitischem Schwerpunkt
(mögl. Ausschussantrag Errichtung einer öffentlichen Toilette am U-/S-Bhf. Pankow)
- 4 Bericht aus dem Bezirksamt
- 5 Überwiesene Drucksachen
 - 5.1 U-Bahnhof Eberswalder Straße für Inklusionssportpark fit machen. Zweiten Fahrstuhl am Nordende planen jetzt! - Drucksache: IX-0840
 - 5.2 Platz für Kinder statt für Autos - Senefelderstraße entlasten
Drucksache: IX-1223
 - 5.3 Evaluierung und Anpassung des Leitfadens zur Räumung von Obdachlosencamps im Bezirk Pankow
Drucksache: IX-1277
 - 5.4 Entsiegelung und Begrünung durch Umgestaltung des Parkplatzes am Senefelder Platz zur Steigerung der Aufenthaltsqualität
Drucksache: IX-1280
 - 5.5 Keine Übertragung hoheitlicher Aufgaben an private Sicherheitsdienste - Öffentliche Sicherheit gehört in öffentliche Hand
Drucksache: IX-1303

5.6 Mauerpark-Kultur: Nicht länger aussitzen

Drucksache: IX-1328

6 Sonstiges

Vorbereitung BVV mit seniorenpolitischem Schwerpunkt

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Szidat

Ausschussvorsitzender



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-o84o

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

24.01.2024 BVV

BVV/020/IX

Betreff: U-Bahnhof Eberswalder Straße für Inklusionssportpark fit machen. Zweiten Fahrstuhl am Nordende planen jetzt!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung und der BVG dafür einzusetzen am Nordende des U-Bahnhof Eberswalder Straße einen zweiten leistungsfähigen Fahrstuhl einzurichten, um die ÖPNV-Anbindung für den Inklusionssportpark sicherzustellen. Der Fahrstuhl soll groß genug sein um etwa mehrere Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer gleichzeitig zu befördern.

Des Weiteren möge sich das Bezirksamt bei der Senatsverwaltung dafür einsetzen, dass insbesondere motorisch eingeschränkte Menschen eine sichere zusätzliche Querungsmöglichkeit am Nordende des U-Bahnhofes über die Schönhauser Allee zur Cantianstraße und zur Topsstraße erhalten.

Berlin, den 16.01.2024

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Karsten Dirk Gloger

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
50	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
1	Enthaltungen

x überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Der Jahn-Sportpark soll zum Inklusionssportpark umgebaut werden. Als erster Bauabschnitt soll das Jahnstadion abgerissen werden und durch einen vollinklusiven Ersatzneubau ersetzt werden. Damit motorische eingeschränkte Menschen in großer Zahl auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen können, müssen die umliegenden Haltestellen und Bahnhöfe des ÖPNV ertüchtigt werden. So etwa der U-Bahnhof Eberswalder Straße. In seinem jetzigen Zustand ist der U-Bahnhof Eberswalder Straße nicht für eine hochfrequente Nutzung durch mobilitätseingeschränkte Menschen ausgelegt.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1223

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

vertagt

16.07.2025 BVV

BVV/Forts032/IX

Betreff: Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Einziehung des Abschnitts der Senefelderstraße zwischen Danziger Straße und Göhrener Straße für den motorisierten Individualverkehr (Verkehrsberuhigung durch Entwidmung) zu prüfen, um die Verkehrssicherheit im direkten Umfeld der dort ansässigen Schule nachhaltig zu erhöhen.

Im Zuge der Prüfung soll mit einbezogen werden, ob und wie, im Bereich der Einmündung der Senefelderstraße in die Danziger Straße bauliche Barrieren – etwa bepflanzbare Poller oder andere geeignete Elemente –errichtet werden können, um unerwünschte Einfahrten zu verhindern sowie den Radverkehr gezielt zu lenken und zu entschleunigen, um Gefahrensituationen vor der Schule zu vermeiden.

Im Falle eines positiven Prüfergebnisses soll die Schulgemeinschaft frühzeitig und aktiv in die Planung und Umsetzung der Maßnahme einbezogen werden, insbesondere bei der Ausgestaltung der baulichen Elemente und der Nutzung der künftig vom Kfz-Verkehr befreiten Fläche.

Berlin, den 14.07.2025

Einreicher: Fraktion der SPD,
Katja Ahrens, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

☐ beschlossen

☐ beschlossen mit Änderung

☐ abgelehnt

☐ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

	einstimmig
x	mehrheitlich
30	Ja-Stimmen
12	Gegenstimmen
1	Enthaltungen

x überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Schule und Sport

federführend

Begründung:

Der Straßenabschnitt der Senefelderstraße zwischen Danziger Straße und Göhrener Straße wird stark durch den motorisierten Verkehr frequentiert, obwohl er unmittelbar vor einer Schule liegt. Dies führt immer wieder zu gefährlichen Situationen für Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte, insbesondere zu den Stoßzeiten des Schulbeginns und -endes.

Durch die Entwidmung des Straßenabschnitts kann eine deutliche Entlastung der Verkehrssituation erreicht und ein sicherer Schulweg gewährleistet werden. Gleichzeitig ist durch bauliche Maßnahmen sicherzustellen, dass keine unerwünschten Einfahrten mehr stattfinden und auch der Radverkehr vor der Schule in sicherer Weise geführt wird.

Die Einbindung der Schulgemeinschaft soll dazu beitragen, die Akzeptanz der Maßnahme zu erhöhen, kreative Lösungen zu fördern und die neue Fläche im Sinne der Kinder und Jugendlichen nutzbar zu machen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1223

Änderungsantrag

Fraktion Bündnis90/ Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

vertagt

16.07.2025 BVV

BVV/Forts032

Betreff: Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die Verkehrssicherheit für Kinder im Bereich vor dem MACHmit! Kindermuseum und der Grundschule im Eliashof erhöht werden kann. Dabei ist insbesondere eine Teileinziehung (Verkehrsberuhigung durch Entwidmung für den motorisierten Individualverkehr) zu prüfen, die die bereits in Planung befindliche Fahrradstraße in der Senefelder Straße als Teil des Radvorrangnetzes gemäß Radverkehrsplan Berlin berücksichtigt.

Im Falle eines positiven Prüfergebnisses soll die Schulgemeinschaft frühzeitig und aktiv in die Planung und Umsetzung der Maßnahme einbezogen werden, insbesondere bei der Ausgestaltung der baulichen Elemente und der Nutzung der künftig vom Kfz-Verkehr befreiten Fläche.

Im Falle eines negativen Prüfergebnisses soll das Anliegen in den zukünftigen Planungen für verkehrsberuhigende Maßnahmen im Helmholtzkiez im Rahmen der geplanten flächenhaften Verkehrsberuhigung von Wohnvierteln des Bezirkes berücksichtigt werden.

Berlin, den 14.07.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. BV Almuth Tharan, BV Christoph Göhrig, BV Jan Drewitz

Begründung erfolgt mündlich**Abstimmungsergebnis:**

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig

_____ mehrheitlich

_____ Ja-Stimmen

_____ Gegenstimmen

_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Berlin 15.02.2026

Stellungnahme
des Ausschusses für Schule und Sport

Zur Drucksache IX-1223**Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sehr geehrter Kollege Szidat

Der Ausschuss für Schule und Sport hat in seiner Sitzung vom 11.02.2026 die Drucksache IX-1223 „Platz für Kinder statt für Autos – Senefelderstraße entlasten“ beraten.

Der Ausschuss konnte sich dem Anliegen der Drucksache mehrheitlich mit 7 JA Stimmen, bei 4 NEIN Stimmen, und 1 ENTHALTUNG anschließen.

In schöner Regelmäßigkeit werden Drucksachen zum Thema Schulwegsicherheit zur Beratung in den Ausschuss für Schule und Sport überwiesen. Der Ausschuss erklärt sich auch diesmal wieder für nicht zuständig. Eine fachliche Debatte kann nur im Verkehrsausschuss und in der AG-Schulwegsicherheit stattfinden.

Den einzigen Beitrag den der Ausschuss für Schule und Sport zur Debatte leisten kann ist es, immer wieder zu erklären, dass ihm sichere Schulwege ein wichtiges Anliegen sind.

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt die Zustimmung zur Drucksache.

Für den Ausschuss:

Karsten Dirk Gloger
Vorsitzender



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1277

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.11.2025 BVV

BVV/034/IX

Betreff: Evaluierung und Anpassung des Leitfadens zur Räumung von
Obdachlosencamps im Bezirk Pankow

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

1. eine umfassende Evaluierung des bestehenden Leitfadens zur Räumung von Obdachlosencamps im Bezirk Pankow vorzunehmen, insbesondere hinsichtlich
 - der damit verbundenen Personal- und Verwaltungskosten,
 - der praktischen Umsetzbarkeit im Rahmen aktueller Kapazitäten,
 - der Wirksamkeit der im Leitfaden vorgesehenen Maßnahmen (insb. Hilfsangebote),
 - sowie der durchschnittlichen Verfahrensdauer bis zur Umsetzung einer Räumung.
2. zu prüfen, ob und inwiefern Anpassungen am Leitfaden notwendig oder sinnvoll erscheinen, um künftig effizienter und situationsgerechter vorgehen zu können – unter Wahrung des sozialen Anspruchs und der rechtsstaatlichen Prinzipien.
3. der BVV bis spätestens zum 31. Januar 2026 einen schriftlichen Bericht über die Ergebnisse der Evaluation sowie ggf. Vorschläge zur Überarbeitung des Leitfadens vorzulegen.

Berlin, den 04.11.2025

Einreicher: Fraktion der CDU

Denise Bittner, David Paul und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
41	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
4	Enthaltungen

federführend

x überwiesen in den Ausschuss für

_____ mitberatend in den Ausschuss für

_____ sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Soziales, Senior*innen und Gesundheit

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:		Abstimmungsverhalten:	
☒	beschlossen	☒	einstimmig
☐	beschlossen mit Änderung	☐	mehrheitlich
☐	abgelehnt	41	Ja-Stimmen
☐	zurückgezogen	0	Gegenstimmen
		4	Enthaltungen
☒	überwiesen in den Ausschuss für mitberatend in den Ausschuss für sowie in den Ausschuss für	federführend	
		Mobilität und öffentliche Ordnung	
		Soziales, Senior*innen und Gesundheit	

Begründung:

Mit welchen Herausforderungen der Bezirk bei der Umsetzung des aktuellen Leitfadens zur Räumung von Obdachlosencamps konfrontiert ist, zeigen Beispiele wie die Obdachlosencamps im Blankensteinpark, am Arnimplatz und am Orankestrand.

Trotz frühzeitiger sozialarbeiterischer Maßnahmen, intensiver Gespräche mit den Betroffenen und der Bereitstellung von Hilfsangeboten musste im August 2024 eine aufwändige Räumung durchgeführt werden. Die Vorbereitung zog sich über Wochen, da der Leitfaden zahlreiche Prüfschritte und Fristen vorsieht.

Der Einsatz erforderte den Koordinierungsaufwand von Polizei, Ordnungsamt, BSR und Sozialdiensten – und führte zur Beseitigung von rund 25 m³ Unrat. Allein dieser Fall verursachte erhebliche Kosten und band umfangreiche personelle Ressourcen über mehrere Verwaltungsbereiche hinweg.

Trotz aller Bemühungen kam es zuvor zu Belastungen für Anwohnende, einer starken Vermüllung des öffentlichen Raums und wachsender Kritik an der Handlungsfähigkeit der Verwaltung.

Diese und ähnliche Fälle werfen die Frage auf, ob der Leitfaden – der ursprünglich auf Rücksichtnahme und Prävention ausgerichtet war – in seiner jetzigen Form praxisgerecht und verhältnismäßig bleibt. Insbesondere die Balance zwischen Sozialarbeit, öffentlicher Sicherheit und Verwaltungsaufwand sollte neu bewertet werden.

Eine Evaluierung des Leitfadens bietet die Chance, die tatsächliche Wirkung der bisherigen Maßnahmen zu überprüfen, unnötige Verzögerungen zu identifizieren und den Handlungsspielraum des Bezirksamts mit Blick auf zukünftige Lagen zu verbessern. Ziel ist kein Abbau sozialer Standards, sondern ein effizienteres Verfahren, das sowohl der Situation obdachloser Menschen als auch den legitimen Interessen der Allgemeinheit gerecht wird.

Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit
 Beschlussempfehlung
 Drs.: IX-1277

Der Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit hat die vorliegende Drucksache in seiner Sitzung vom 02.12.2025 behandelt. Grundsätzlich teilt der Ausschuss das Anliegen, Maßnahmen des Bezirks im Umgang mit Obdachlosigkeit transparent, rechtssicher und sozial angemessen auszugestalten. Eine Evaluation kann grundsätzlich sinnvoll sein – insbesondere, wenn sie die Qualität von Hilfsangeboten, Kooperationsstrukturen und die Wahrung von Rechten betroffener Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Gleichzeitig sieht der Ausschuss den Antrag in der vorliegenden Fassung kritisch:

- Fokus auf „Räumung“ statt auf Hilfe- und Präventionslogik: Aus sozialpolitischer Sicht sollte der Maßstab primär sein, ob Menschen dauerhaft aus Obdachlosigkeit herausgeführt werden (Zugang zu Unterbringung/Wohnraum, aufsuchende Sozialarbeit, Gesundheitsversorgung), nicht ob Räumungen „effizienter“ erfolgen.
- Risiko falscher Steuerungsanreize: Eine stark kosten- und dauerorientierte Betrachtung kann unbeabsichtigt den Druck erhöhen, Verfahren zu beschleunigen – zulasten von Vertrauensaufbau, Case Management und tragfähigen Hilfefpfaden.
- Unschärfen bei Wirksamkeitskriterien: „Wirksamkeit“ wird nicht operationalisiert. Ohne klare, sozialpolitisch geeignete Kriterien (z. B. Stabilisierung, Angebotsannahme, Anschlussunterbringung, Vermeidung von Verdrängung) droht eine Evaluation, die vor allem Verfahrenszahlen abbildet.
- Kapazitäts- und Verwaltungsaufwand: Der Antrag verlangt eine „umfassende Evaluierung“ einschließlich Kostenanalyse und Verfahrensdauern. Ohne klaren Rahmen birgt das einen erheblichen Aufwand, der gerade in angespannten Ressourcenlagen von unmittelbarer Hilfeleistung abziehen kann.

Der Ausschuss empfiehlt bei 6 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen die Ablehnung der vorliegenden Drucksache.

Gez. Paul Schlüter



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1280**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.11.2025 BVV

BVV/034/IX

**Betreff: Entsiegelung und Begrünung durch Umgestaltung des Parkplatzes am
Senefelder Platz zur Steigerung der Aufenthaltsqualität**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, den Parkplatzbereich zwischen Schönhauser Allee 18 und Metzer Straße 17 am Senefelder Platz zu entsiegeln und in eine öffentliche, begrünte Platzfläche mit hoher Aufenthaltsqualität umzugestalten.

Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

1. Vollständige Entsiegelung der Fläche und Schaffung einer wasserdurchlässigen Bodenstruktur zur Entlastung der Kanalisation bei Starkregenereignissen, Förderung der Grundwasserneubildung sowie Voraussetzung zur Verbesserung des lokalen Mikroklimas.
2. Anpflanzung von klimaresistenten Bäumen, Sträuchern und Stauden zur Erhöhung der Biodiversität sowie des Hitzeschutzes durch Schatten- und Kühlung.
3. Installation von Sitzgelegenheiten, die zum Verweilen einladen und unterschiedlichen Nutzungsansprüchen gerecht werden.
4. Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Gestaltung der Wege und Aufenthaltsbereiche.
5. Prüfung auf Nutzung der Fläche als „Cooling Point“ im Rahmen des Pankower Hitzeaktionsplans sowie Installation eines Trinkwasserbrunnens.

Die Anwohner*innen und lokalen Gewerbetreibenden sollen im Prozess durch partizipative Verfahren in die Planung einbezogen werden.

Für die Finanzierung soll u.a. auch der Abruf von Mitteln aus dem Berliner Programm für nachhaltige Stadtentwicklung sowie Fördermittel für Entsiegelungen, Baumpflanzungen sowie anderen Klimaanpassungsmaßnahmen aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) geprüft werden.

Berlin, den 04.11.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Jan Drewitz, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

siehe 3. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das Umfeld des Senefelder Platzes leidet unter einem Mangel an öffentlichen Grünflächen (die Versorgung mit öffentlichen, wohnungsnahen Grünanlagen ist lt. Umweltatlas „schlecht“) und öffentlichen Aufenthaltsräumen. Die versiegelte Parkplatzfläche zwischen Schönhauser Allee 18 und Metzger Straße 17 bietet Potenzial zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und des Mikroklimas in diesem dicht bebauten Stadtgebiet. Die Umwandlung von Parkplätzen in klimaangepasste, begrünte Freiräume führt nachweislich zu einer Verbesserung der Gesundheit durch Hitzeschutz sowie erhöhten Lebensqualität im Stadtquartier. Die Regenwasseragentur Berlin dokumentiert erfolgreiche Entsiegelungsprojekte, die als Vorbilder dienen können. Durch die Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten wird zudem ein Beitrag zum dezentralen Regenwassermanagement („Schwammstadt“) geleistet, was angesichts zunehmender Starkregenereignisse von wachsender Bedeutung ist. Die vorgeschlagene Maßnahme fügt sich in die sowohl in den Pankower Hitzeaktionsplan sowie das Pankower Klimaschutzkonzept ein und trägt zur Reduzierung von Hitzeinseln bei. Förderungen wie „Natürlicher Klimaschutz für Kommunen“ aus dem „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ haben für Berlin eine Förderquote von bis zu 90%.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.11.2025 BVV

BVV/034/IX

Betreff: Entsiegelung und Begrünung durch Umgestaltung des Parkplatzes am Senefelder Platz zur Steigerung der Aufenthaltsqualität

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, den Parkplatzbereich zwischen Schönhauser Allee 18 und Kollwitzstraße 17 am Senefelder Platz zu entsiegeln und in eine öffentliche, begrünte Platzfläche mit hoher Aufenthaltsqualität umzugestalten.

Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

1. Vollständige Entsiegelung der Fläche und Schaffung einer wasserdurchlässigen Bodenstruktur zur Entlastung der Kanalisation bei Starkregenereignissen, Förderung der Grundwasserneubildung sowie Voraussetzung zur Verbesserung des lokalen Mikroklimas.
2. Anpflanzung von klimaresistenten Bäumen, Sträuchern und Stauden zur Erhöhung der Biodiversität sowie des Hitzeschutzes durch Schatten- und Kühlung.
3. Installation von Sitzgelegenheiten, die zum Verweilen einladen und unterschiedlichen Nutzungsansprüchen gerecht werden.
4. Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Gestaltung der Wege und Aufenthaltsbereiche.
5. Prüfung auf Nutzung der Fläche als „Cooling Point“ im Rahmen des Pankower Hitzeaktionsplans sowie Installation eines Trinkwasserbrunnens.

Die Anwohner*innen und lokalen Gewerbetreibenden sollen im Prozess durch partizipative Verfahren in die Planung einbezogen werden.

Für die Finanzierung soll u.a. auch der Abruf von Mitteln aus dem Berliner Programm für nachhaltige Stadtentwicklung sowie Fördermittel für Entsiegelungen, Baumpflanzungen sowie anderen Klimaanpassungsmaßnahmen aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) geprüft werden.

Berlin, den 06.11.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Jan Drewitz, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

siehe 3. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das Umfeld des Senefelder Platzes leidet unter einem Mangel an öffentlichen Grünflächen (die Versorgung mit öffentlichen, wohnungsnahen Grünanlagen ist lt. Umweltatlas „schlecht“) und öffentlichen Aufenthaltsräumen. Die versiegelte Parkplatzfläche zwischen Schönhauser Allee 18 und Kollwitzstraße 17 bietet Potenzial zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und des Mikroklimas in diesem dicht bebauten Stadtgebiet. Die Umwandlung von Parkplätzen in klimaangepasste, begrünte Freiräume führt nachweislich zu einer Verbesserung der Gesundheit durch Hitzeschutz sowie erhöhten Lebensqualität im Stadtquartier. Die Regenwasseragentur Berlin dokumentiert erfolgreiche Entsiegelungsprojekte, die als Vorbilder dienen können. Durch die Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten wird zudem ein Beitrag zum dezentralen Regenwassermanagement („Schwammstadt“) geleistet, was angesichts zunehmender Starkregenereignisse von wachsender Bedeutung ist. Die vorgeschlagene Maßnahme fügt sich in die sowohl in den Pankower Hitzeaktionsplan sowie das Pankower Klimaschutzkonzept ein und trägt zur Reduzierung von Hitzeinseln bei. Förderungen wie „Natürlicher Klimaschutz für Kommunen“ aus dem „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ haben für Berlin eine Förderquote von bis zu 90%.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

3. Ausfertigung
IX-1280

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen: Fraktion der SPD

Beratungsfolge:

12.11.2025 BVV

BVV/034/IX

**Betreff: Entsiegelung und Begrünung durch Umgestaltung des Parkplatzes am
Senefelder Platz zur Steigerung der Aufenthaltsqualität**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, den Parkplatzbereich zwischen Schönhauser Allee 18 und Kollwitzstraße 17 am Senefelder Platz zu entsiegeln und in eine öffentliche, begrünte Platzfläche mit hoher Aufenthaltsqualität umzugestalten.

Dabei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

1. Vollständige Entsiegelung der Fläche und Schaffung einer wasserdurchlässigen Bodenstruktur zur Entlastung der Kanalisation bei Starkregenereignissen, Förderung der Grundwasserneubildung sowie Voraussetzung zur Verbesserung des lokalen Mikroklimas.
2. Anpflanzung von klimaresistenten Bäumen, Sträuchern und Stauden zur Erhöhung der Biodiversität sowie des Hitzeschutzes durch Schatten- und Kühlung.
3. Installation von Sitzgelegenheiten, die zum Verweilen einladen und unterschiedlichen Nutzungsansprüchen gerecht werden.
4. Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Gestaltung der Wege und Aufenthaltsbereiche.
5. Prüfung auf Nutzung der Fläche als „Cooling Point“ im Rahmen des Pankower Hitzeaktionsplans sowie Installation eines Trinkwasserbrunnens.

Die Anwohner*innen und lokalen Gewerbetreibenden sollen im Prozess durch partizipative Verfahren in die Planung einbezogen werden.

Für die Finanzierung soll u.a. auch der Abruf von Mitteln aus dem Berliner Programm für nachhaltige Stadtentwicklung sowie Fördermittel für Entsiegelungen, Baumpflanzungen sowie anderen Klimaanpassungsmaßnahmen aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) geprüft werden.

Berlin, den 13.11.2025

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der SPD
 Bündnis90/ Die Grünen: gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Jan Drewitz, BV Axel Lüssow
 SPD: Marc Lenkeit

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

☐ beschlossen
☐ beschlossen mit Änderung
☐ abgelehnt
☐ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

	einstimmig
x	mehrheitlich
28	Ja-Stimmen
17	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung
 Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
 Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

federführend

Begründung:

Das Umfeld des Senefelder Platzes leidet unter einem Mangel an öffentlichen Grünflächen (die Versorgung mit öffentlichen, wohnungsnahen Grünanlagen ist lt. Umweltatlas „schlecht“) und öffentlichen Aufenthaltsräumen. Die versiegelte Parkplatzfläche zwischen Schönhauser Allee 18 und Kollwitzstraße 17 bietet Potenzial zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und des Mikroklimas in diesem dicht bebauten Stadtgebiet. Die Umwandlung von Parkplätzen in klimaangepasste, begrünte Freiräume führt nachweislich zu einer Verbesserung der Gesundheit durch Hitzeschutz sowie erhöhten Lebensqualität im Stadtquartier. Die Regenwasseragentur Berlin dokumentiert erfolgreiche Entsiegelungsprojekte, die als Vorbilder dienen können. Durch die Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten wird zudem ein Beitrag zum dezentralen Regenwassermanagement („Schwammstadt“) geleistet, was angesichts zunehmender Starkregenereignisse von wachsender Bedeutung ist. Die vorgeschlagene Maßnahme fügt sich in die sowohl in den Pankower Hitzeaktionsplan sowie das Pankower Klimaschutzkonzept ein und trägt zur Reduzierung von Hitzeinseln bei. Förderungen wie „Natürlicher Klimaschutz für Kommunen“ aus dem „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ haben für Berlin eine Förderquote von bis zu 90%.

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVV

Büro der Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

14.11.25

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen

Drucksachennummer: IX-1280 3. Ausfertigung

**Betreff: Entsiegelung und Begrünung durch Umgestaltung des Parkplatzes am Senefelder Platz
zur Steigerung der Aufenthaltsqualität**

Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):

Mobilität und öffentliche Ordnung

sowie in den Ausschuss für

**Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen**

Wählen Sie ein Element aus.

Ergebnis der Ausschusssitzung am [Klicken Sie hier](#), um ein Datum einzugeben.

☐ vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

☐ **vertagt**

im Ausschuss abgelehnt ☐

JA NEIN Enthaltungen

mit Änderungen beschlossen ☐

JA NEIN Enthaltungen

ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen ☒

JA NEIN Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Begründung des Ausschusses:

Der Ausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 20.11.2025 beraten. Die Mitglieder des Ausschusses stellten fest, dass im stark besiedelten Gebiet im Prenzlauer Berg ein Mangel an öffentlichen Grünflächen und Aufenthaltsräumen besteht. Eine Entsiegelung von Parkplätzen und die Umwandlung in klimaangepasste Freiraumen trägt zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtquartier bei. Die Anpflanzung von klimaresistenten Bäumen und Pflanzen könnten einen Hitzeschutz bilden. Dieser Standpunkt wird von einigen Mitgliedern auf Grund der Lage des Parkplatzes bezweifelt. Der Ausschuss stellt in der Debatte auch fest, dass durch die unmittelbare Nähe der Schönhauser Allee es schwierig ist eine ruhigen Erholungspunkt zu gestalten.

Der Ausschuss empfiehlt die Annahme der Drucksache mehrheitlich.

Bitte nach Beratung zeitnah zurück an das Büro der BVVBüro der Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

14.11.25

Nachweis über den Bearbeitungsstand von in Ausschüsse überwiesenen Drucksachen**Drucksachennummer: IX-1280 3. Ausfertigung****Betreff: Entsiegelung und Begrünung durch Umgestaltung des Parkplatzes am Senefelder Platz
zur Steigerung der Aufenthaltsqualität**Die Drucksache wird überwiesen in den Ausschuss für (*federführend*):**Mobilität und öffentliche Ordnung**

sowie in den Ausschuss für

**Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen**

Wählen Sie ein Element aus.

Ergebnis der Ausschusssitzung am [Klicken Sie hier](#), um ein Datum einzugeben.☐ vom Einreicher **zurückgezogen**

Unterschrift Einreicher: _____

☐ **vertagt****im Ausschuss abgelehnt** ☐JA NEIN Enthaltungen **mit Änderungen beschlossen** ☐JA NEIN Enthaltungen **ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen** ☒JA NEIN Enthaltungen

Text Beschlussempfehlung:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Begründung des Ausschusses:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen hat sich in der Sitzung vom 07.01.2026 mit der Drucksache befasst. Nach einigen Verständnisfragen hat sich kein weiterer Debattenbedarf gezeigt und die Drucksache wurde mehrheitlich zur Annahme Empfohlen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1303

Antrag

Linksfraktion

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

**Betreff: Keine Übertragung hoheitlicher Aufgaben an private Sicherheitsdienste -
Öffentliche Sicherheit gehört in öffentliche Hand**

Die BVV möge beschließen:

1. Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Beauftragung privater Sicherheits- oder Ordnungsdienstleister für öffentliche Aufgaben im Bezirk Pankow dauerhaft zu unterlassen.

Dazu zählen insbesondere Aufgaben im öffentlichen Raum, die faktisch eine Kontroll-, Ordnungs- oder Eingriffsbefugnis gegenüber Bürger*innen beinhalten (z. B. im Umgang mit obdachlosen Menschen, Kontrolltätigkeiten in Parks oder Grünanlagen, Ansprech-Funktionen mit ordnungsrechtlicher Außenwirkung).

2. Das Bezirksamt wird ersucht, zukünftige Maßnahmen im Rahmen des Sicherheitstgipfels (Maßnahmekategorie M5 - „Parkläufer und Prävention“) **erst nach Zustimmung der BVV bzw. ihrer Gremien** und vor allem als sozialräumliche und präventive Maßnahmen durchzuführen, z. B. durch: Sozialarbeitende bzw. Träger der Sozialen Arbeit, Streetwork- und Präventionsprojekte, Stadtteil- oder Gemeinwesenarbeit.
3. Das Bezirksamt stellt sicher, dass öffentliche Aufgaben ausschließlich durch Angehörige des öffentlichen Dienstes mit entsprechender Ausbildung, Rechtskenntnis, Kennzeichnungspflicht und demokratischer Kontrolle durchgeführt werden.

Berlin, den 02.12.2025

Einreicher: Linksfraktion
BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

federführend

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Soziales, Senior*innen und Gesundheit

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:		Abstimmungsverhalten:	
☒	beschlossen	☒	einstimmig
☐	beschlossen mit Änderung	☐	mehrheitlich
☐	abgelehnt	☒	47 Ja-Stimmen
☐	zurückgezogen	☒	0 Gegenstimmen
		☒	0 Enthaltungen
☒	überwiesen in den Ausschuss für mitberatend in den Ausschuss für sowie in den Ausschuss für	federführend	
		Mobilität und öffentliche Ordnung	
		Soziales, Senior*innen und Gesundheit	

Begründung:

Die Kleine Anfrage KA-1159/IX hat deutlich gemacht, dass das Bezirksamt Pankow im Rahmen der Maßnahmen des Sicherheitstischs 2023 den privaten Sicherheitsdienst „SGB Schutz und Sicherheit“ einsetzt. Auch wenn das Bezirksamt betont, dass keine ordnungsrechtlichen Aufgaben übertragen worden seien, zeigt die konkrete Aufgabenbeschreibung, die im öffentlichen Raum stattfindende Präsenz und die Wahrnehmung durch Betroffene – insbesondere obdachlose Menschen – eindeutig eine hoheitliche Außenwirkung.

1. Öffentliche Aufgaben sind nicht privatisierbar:

- Nach Berliner Landesrecht dürfen hoheitliche Aufgaben – insbesondere ordnungsrechtliche Tätigkeiten – nicht auf Private übertragen werden.
 - Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (ASOG Berlin): hoheitliche Befugnisse (Betreten, Befragen, Platzverweise etc.) dürfen nur Behördenmitarbeiter*innen mit gesetzlicher Befugnis ausüben.
 - Kennzeichnungspflicht für öffentliche Sicherheitsbehörden (§ 9 Abs. 1 ASOG / Durchführungsverordnungen)
 - Transparenz, Verantwortlichkeit und Nachvollziehbarkeit sind zwingend gesetzlich geregelt
 - für private Dienstleister existiert keine solche demokratische Kontrolle.
- Art. 33 Abs. 4 Grundgesetz („Wesentlichkeitsgrundsatz“)
 - wesentliche hoheitliche Aufgaben sind Kernaufgaben des Staates und dürfen nicht privatisiert werden.
 - Selbst wenn einem privaten Anbieter formal keine Eingriffsbefugnisse übertragen werden, entsteht eine faktische Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben, sobald er im öffentlichen Raum kontrollierend, ordnend oder gegenüber vulnerablen Gruppen einschüchternd wirkt.
 - Genau dies beschreibt das Bezirksamt selbst in der Antwort auf Frage 4 der Kleinen Anfrage.

2. Auswirkungen auf besonders schutzbedürftige Personen

- Gerade im Umgang mit obdachlosen Menschen ist der Einsatz privater Sicherheitsdienste besonders problematisch.
- Der Staat hat Schutzpflichten – keine Abwehrkompetenzen gegenüber marginalisierten Gruppen. Private Sicherheitsdienste verfügen weder über:
 - sozialarbeiterische Expertise,
 - deeskalationsorientierte Qualifizierung im Umgang mit vulnerablen Personengruppen,
 - demokratische Rechenschaftspflicht.
- Stattdessen entsteht der Eindruck, dass sozialpolitische Aufgaben „ausgelagert“ werden – entgegen sozialrechtlicher Standards.

3. Aufgaben des AOD sind klar ordnungsrechtlich

- Das Bezirksamt beschreibt selbst die Aufgaben des AOD:

- Überwachung des öffentlichen Raums, Ahndung von Ordnungsverstößen, Platzverweise, Bußgelder, Kontrolle von Grünanlagen.
 - Diese Tätigkeiten sind klar hoheitlicher Natur.
 - Wenn private Dienstleister „zur Unterstützung“ in denselben Einsatzräumen arbeiten, verschwimmen die Grenzen – und damit die Rechtsklarheit.
4. Einsatz privater Sicherheitsdienste ist weder nachhaltig noch finanziell gesichert
- Die Finanzierung über Mittel des Sicherheitsgipfels ist nur bis 31.12.2025 gesichert – selbst das Bezirksamt räumt ein, dass eine Verstetigung unklar ist.
 - Nachhaltige Lösungen müssen daher auf Personalaufbau, Prävention und soziale Arbeit setzen – nicht auf zeitlich befristete Privatbeauftragungen.

Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit
 Beschlussempfehlung
 Drucksache: IX-1303

Der Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit hat sich mit der Drucksache IX-1303 "Keine Übertragung hoheitlicher Aufgaben an private Sicherheitsdienste - Öffentliche Sicherheit gehört in öffentliche Hand" in seiner Sitzung vom 06.01.2026 befasst.

Nach der Einbringung durch die einreichende Linksfraktion wurde der Antrag debattiert. In der Debatte wurde durch die einreichende Fraktion deutlich gemacht, dass es aus ihrer Sicht gesetzliche Grundlagen gibt, die auch in der Begründung des Antrages aufgelistet wurden. Darüber hinaus wurden sozialpolitische Aspekte angeführt, die z. B. im Zusammenhang mit der Einwohnerversammlung zum Helmholtzplatz deutlich wurden.

Entgegnet wurde, dass die in Punkt drei gemachte Formulierung der öffentlichen Aufgaben zu schwammig sei und damit weiter interpretiert werden könnte, als es die antragstellende Fraktion meint. Daraufhin wurde vorgeschlagen, dass das Wort öffentliche durch hoheitliche ersetzt werden soll.

Grundsätzlichere Argumente, die gegen den Antrag angeführt wurden, waren:

- dass die Mittel ohnehin nur bis zum 31.12.2025 zur Verfügung standen und deshalb der Gegenstand des Antrages entfallen sei,
- dass die Kapazitäten des Ordnungsamtes nicht ausreichen, um die Arbeitslast zu bewältigen und
- dass die Sicherheitsdienste auch keine hoheitlichen Aufgaben wahrnehmen, da sie keine Platzverweise o. Ä. erteilen.

Der durch die einreichende Fraktion geänderte Text lautet wie folgt:

„1. Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Beauftragung privater Sicherheits- oder Ordnungsdienstleister für öffentliche Aufgaben im Bezirk Pankow dauerhaft zu unterlassen.

*Dazu zählen insbesondere Aufgaben im öffentlichen Raum, die faktisch eine Kontroll-, Ordnungs- oder Eingriffsbefugnis gegenüber Bürger*innen beinhalten (z. B. im Umgang mit obdachlosen Menschen, Kontrolltätigkeiten in Parks oder Grünanlagen, Ansprech-Funktionen mit ordnungsrechtlicher Außenwirkung).*

*2. Das Bezirksamt wird ersucht, zukünftige Maßnahmen im Rahmen des Sicherheitsgipfels (Maßnahmekategorie M5 – „Parkläufer und Prävention“) **erst nach Zustimmung der BVV bzw. ihrer Gremien** und vor allem als sozialräumliche und präventive Maßnahmen durchzuführen, z. B. durch: Sozialarbeitende bzw. Träger der Sozialen Arbeit, Streetwork- und Präventionsprojekte, Stadtteil- oder Gemeinwesenarbeit.*

3. Das Bezirksamt stellt sicher, dass hoheitliche Aufgaben ausschließlich durch Angehörige des öffentlichen Dienstes mit entsprechender Ausbildung, Rechtskenntnis, Kennzeichnungspflicht und demokratischer Kontrolle durchgeführt werden.“

Der Ausschuss empfiehlt bei 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltung die Ablehnung in der o. g. Fassung.

Gez.
 Ausschussvorsitzender

Paul

Schlüter



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1328**Antrag**

Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und
SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.01.2026 BVV

BVV/036/IX

Betreff: Mauerpark-Kultur: Nicht länger aussitzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, im Einklang mit den Beschlüssen der Bezirksverordnetenversammlung Pankow zu den Drucksachen VIII-0782 „Mauerpark als Kulturstandort sichern“ (23.03.2019) und IX-0898 „Zappen duster im Mauerpark? Kulturort einer Metropole stärken statt abschalten“ (17.04.2024) kurz- und langfristige Maßnahmen einzuleiten, um die kulturelle, nicht kommerzielle Nutzung des Mauerparks abzusichern.

Hierfür sollen

1. das Straßen- und Grünflächenamt unverzüglich den § 6 Abs. 2 Grünflächen-gesetz zur Anwendung bringen und Flächen für „nicht-kommerzielle Kunst- oder Kulturveranstaltungen mit Live-Musik“ gewidmet werden.
2. und gleichzeitig das Satdtentwicklungsamt in Verbindung mit dem Rechtsamt, prüfen, auf welcher Rechtsgrundlage und mit welchen Instrumenten die bestehende kulturelle Nutzung des Mauerparks – insbesondere als Kultur- und Veranstaltungsstandort – unter Wahrung der Funktion als Grün- und Freifläche langfristig gesichert werden kann. Bei positivem Prüfergebnis soll das Bezirksamt in seiner jeweiligen Zuständigkeit unmittelbar tätig werden.

Für die Ausweisung der Kulturf lächen nach § 6 Abs. 2 Grünflächengesetz und eventuelle planungsrechtliche Maßnahmen sind jeweils sämtliche Akteur:innen des Runden Tisches Mauerpark einzubeziehen.

Der BVV ist ab Sommer 2026 halbjährlich über den Fortschritt der Maßnahmen zu berichten.

Berlin, den 20.01.2026

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Silke Gänger
Fraktion der SPD: gez. Katja Ahrens, Thomas Bohla, Marc Lenkeit, Mike Szidat

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

☐ beschlossen
☐ beschlossen mit Änderung
☐ abgelehnt
☐ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

☐	einstimmig
x	mehrheitlich
29	Ja-Stimmen
16	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur
Mobilität und öffentliche Ordnung
Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

federführend

Begründung:

Der Mauerpark ist längst mehr als eine Grünfläche. Er hat sich zu einem zentralen Kultur- und Begegnungsort in Pankow entwickelt, der Menschen aus der Metropolregion Berlin und darüber hinaus anzieht.

Was früher ein Ort der Teilung war, steht heute für ein offenes, vielfältiges und friedliches Miteinander. Die Musik- und Kulturangebote – von Karaoke über Street Music bis hin zu Veranstaltungen wie der Fête de la Musique – prägen das Bild des Parks und sind fester Bestandteil seiner Nutzung.

Nach der Mauerpark-Besucher:innenumfrage von Grün Berlin (09/2022) sind rund 87 % der Besucher:innen Berliner:innen, davon 36 % aus Prenzlauer Berg und 19 % aus Mitte. Die Mehrheit der Befragten sprach sich ausdrücklich für Musikveranstaltungen und kulturelle Angebote aus: Diese tragen maßgeblich zur hohen Gesamtzufriedenheit im Park bei. Zugleich leisten sichtbare, nicht-kommerzielle Kulturangebote einen Beitrag zur sozialen Kontrolle und zur Kriminalitätsprävention.

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow hat sich in den vergangenen Jahren wiederholt und eindeutig zum Mauerpark als Kulturstandort bekannt. Mit den Beschlüssen VIII-0782 „Mauerpark als Kulturstandort sichern“ (2019) und IX-0898 „Zappenduster im Mauerpark? Kulturstandort einer Metropole stärken statt abschalten“ (2024) wurde der politische Wille klar formuliert, die kulturelle, nicht-kommerzielle Nutzung zu erhalten und zu stärken. Die Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen vom 11.07.2019 macht zugleich deutlich, dass die kulturelle Nutzung mit den Darstellungen des Flächennutzungsplans vereinbar ist und auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung sowie mit bezirklichen Instrumenten gesichert werden kann. Eine Änderung des Flächennutzungsplans ist nicht erforderlich – der Handlungsauftrag liegt auf der Bezirksebene. Der Lösungsweg ist damit seit längerem bekannt.

Auch das Berliner Grünanlagengesetz sieht in § 6 Abs. 2 ausdrücklich vor, dass nicht-kommerzielle Kunst- oder Kulturveranstaltungen, auch mit Live-Musik, auf dafür besonders ausgewiesenen Flächen gestattet sind und verpflichtet die Bezirke, Flächen für entsprechende Nutzungen in angemessenem Umfang auszuweisen. Angesichts der über Jahre gewachsenen Nutzungspraxis im Mauerpark ist es folgerichtig, diese Realität rechtlich abzusichern: Kurzfristig durch die Ausweisung von Flächen nach § 6 Abs. 2 Grünanlagengesetz, langfristig durch eine planungsrechtliche Sicherung im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens unter Wahrung der Funktion als Grün- und Freifläche.

Die Einbindung der Akteur:innen des Runden Tisches Mauerpark sowie des Vereins Freunde des Mauerparks e.V. stellt sicher, dass die Erfahrungen und Bedarfe derjenigen berücksichtigt werden, die den Mauerpark als Kulturstandort seit Jahren begleiten. Mit dem vorliegenden Antrag wird die bisherige Beschlusslage der BVV konsequent fortgeschrieben und das Bezirksamt aufgefordert, den bereits beschriebenen Lösungsweg nun verbindlich umzusetzen.

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: 19.03.2026

Beginn: 19:30 Uhr

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
-------------------	--------------	-----------

Ahrens, Katja - SPD -

Behnke, Frank - AfD -

Bittner, Denise - CDU -

Bordfeld, Frederik - Linke -

Drewitz, Jan - Bü 90/Grüne -

Flores Rivera, Patrizia - Bü 90/Grüne

-

Gänger, Silke - Bü 90/Grüne -

Kempe, Wolfram - Linke -

Knebel, Sibylla Susanne - CDU -

Paul, David - CDU -

Simon, Oliver - FDP -

Streeck, Jan-Philip - AfD -

Szidał, Mike - SPD -

Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
------------------	--------------	-----------

Haustein, Jens - auf Antrag Bü
90/Grüne -

Herda, Michael - auf Antrag Linke -

Hübner, Matthias - auf Antrag SPD -

Struck, Olaf - auf Antrag CDU -

stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
--------------------------	--------------	-----------

Bennert, Paul - auf Antrag Linke -

Boschert, Carlos - auf Antrag SPD -

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: **19.03.2026**

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Dießel, Peter - auf Antrag CDU -

Ehrhardt, Friedrich - auf Antrag Bü
90/Grüne -

BA-Mitglied

Unterschrift

Vertreter

Anders-Granitzki, Manuela - CDU -
BzStRin

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung am: 19.03.2026

GÄSTELISTE
